



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 18/20 • 18.06.2020



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

vom 17. bis zum 19. Juni findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments in Brüssel statt. Die Abgeordneten befassen sich mit einer Vielzahl von Themen.

Auf der Agenda stand schon für den 17. Juni eine Debatte über die Antirassismus-Proteste, die durch den Tod von George Floyd ausgelöst wurden und die Erörterung des langfristigen EU-Haushaltes 2021-2027 und der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise.

Ebenfalls bereits gestern stand die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zwischen EU und dem Vereinigten Königreich an. Das Parlament debattierte den Stand der Dinge und soll heute über seinen Standpunkt zu den laufenden Verhandlungen abstimmen.

Für heute sind der Austausch zur „Konferenz über die Zukunft Europas“ und eine Debatte, wie sich Desinformationskampagnen während der Covid-19-Pandemie auf die Meinungsfreiheit auswirken, avisiert. .

Zu den weiteren Punkten, die auf der Plenartagesordnung stehen, gehören:
Neue Vorschriften zur Definition grüner Investitionen, Hilfen für den Tourismussektor und Hilfen für von der Covid-19-Krise betroffene Landwirte.

Die Tagesordnung der Sitzung finden Sie [hier](#).

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Coronavirus: EU-Mittel für die Beförderung medizinischer Güter, medizinischer Teams und Patienten	
• Coronakrise: Kommission legt EU-Impfstoffstrategie vor	
• Re-open EU: Kommission nimmt neue Website in Betrieb	
• 38 Mio. EUR für den Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Bedrohungen	
• Erklärung der EU und des Vereinigten Königreichs nach dem Treffen am 15. Juni	
• Obligatorisches Transparenzregister: Politisches Treffen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen	
• EuGH-Urteil: Wölfe sind auch in Siedlungsgebieten geschützt	
• EuGH-Urteil: Pharmazeutische Unternehmen dürfen keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abgeben	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	10
• Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels	
• Vorstellung des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - voraussichtliche Verabschiedung im Kabinett am 24. Juni 2020	
• Mitgliedstaaten einigen sich auf eine Interoperabilitätslösung für mobile Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps	
• Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2020 vorgelegt	
• EU-Digitalpolitik nach 2020: Rat nimmt Schlussfolgerungen an	
• Bürgerdialog mit Arbeitsminister Hubertus Heil: Sozialkommissar Schmit will Rechte von Saisonarbeitern in deutschen Fleischfabriken stärken	
• Europäischer Verteidigungsfonds: 205 Mio. EUR zur Stärkung der strategischen Autonomie und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU	
• Ratschlussfolgerungen im Bereich Kultur, Medien und Sport	
<u>Was, wann, wo</u>	17
• SILBERSALZ 2020 – Ausblick auf Deutschlands erstes internationales Wissenschafts- und Medienfestival in Halle	
• Besuchereinrichtungen des Europäischen Parlaments am 15. Juni wiedereröffnet	
• Konsultation: Weißbuch zu Subventionen aus Drittstaaten im Binnenmarkt	
• Konsultation: Europäische Kommission startet Überprüfung der EU-Handelspolitik	
• Konsultation: Öffentliche Angebote bei Übernahmen, Fusionen und Spaltungen – Leitlinien für die Befreiung von der Prospektspflicht	
• Konsultation: Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft	
<u>Ausschreibungen</u>	21
• Europäische Bürgerinitiative: Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt	
<u>Kontaktbörse</u>	22
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	25
• Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	27
<u>Impressum</u>	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Coronavirus: EU-Mittel für die Beförderung medizinischer Güter, medizinischer Teams und Patienten

Die Länder der Europäischen Union können nun über das Soforthilfeinstrument zusätzliche Mittel für die Beförderung wesentlicher Güter, medizinischer Teams und vom Coronavirus betroffenen Patienten beantragen. Die Mittel ergänzen die Unterstützung, die bereits über das EU-Katastrophenschutzverfahren zur Verfügung gestellt wurde, sowie die über rescEU abgewickelten Lieferungen von Schutzausrüstungen.

Für folgende Maßnahmen wurden 220 Mio. EUR bereitgestellt:

- Die Übernahme der Frachtkosten für Unterstützung und Hilfsgüter, die in EU-Mitgliedstaaten geliefert werden.
- Die Verlegung von Patienten zwischen EU-Mitgliedstaaten oder von Mitgliedstaaten in Nachbarländer, wenn eine Überforderung der Gesundheitsdienste droht.
- Die Beförderung von medizinischem Personal und mobilen medizinischen Teams zwischen EU-Mitgliedstaaten und aus anderen Nachbarländern in die EU.

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten am 17. Juni die Verfahren und Kriterien für die Beantragung der Fördermittel vorgelegt, die im Rahmen des Mobilitätspakets gewährt werden. Die Mitgliedstaaten können ihre Anträge nun bei der Europäischen Kommission einreichen. • *fs Quelle: PM KOM*

4

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Coronakrise: Kommission legt EU-Impfstoffstrategie vor



© Europäische Kommission

Um weltweit Menschenleben zu schützen, stellt die Europäische Kommission am 17. Juni eine [europäische Strategie](#) zur Beschleunigung der Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 vor. Ein wirksamer und sicherer Impfstoff gegen das Virus ist unsere beste Chance, diese Pandemie dauerhaft zu bewältigen. Die Zeit drängt. Durch jeden Monat, den der Impfstoff früher entwickelt wird, werden Menschenleben gerettet, Lebensgrundlagen bewahrt und Milliarden von Euro eingespart.



Mit der vorgelegten Strategie, die auf dem von den Gesundheitsministern/innen der EU erteilten Mandat beruht, wird ein gemeinsamer Ansatz der EU vorgeschlagen.

Die Entwicklung von Impfstoffen ist ein komplexer und langwieriger Prozess. Mit der am 17. Juni vorgelegten Strategie wird die Kommission die Bemühungen unterstützen, den Zeitraum für die Entwicklung und Verfügbarkeit sicherer und wirksamer Impfstoffe auf 12 bis 18 Monate oder sogar noch weniger zu reduzieren. Um dieses komplexe Vorhaben umsetzen zu können, müssen klinische Prüfungen parallel zu Investitionen in Produktionskapazitäten durchgeführt werden, um Millionen oder sogar Milliarden von Dosen eines erfolgreichen Impfstoffs produzieren zu können. Die Kommission steht bereit, um die Bemühungen der Impfstoffentwickler zu unterstützen.

Die derzeitige Lage ist nicht nur eine europaweite, sondern eine globale Herausforderung. Die Europäische Union wird erst dann in Sicherheit sein, wenn die ganze Welt Zugang zu einem Impfstoff hat. Deshalb haben die EU und ihre Mitgliedstaaten sowohl die Verantwortung dafür als auch ein Interesse daran, einen Impfstoff allgemein zugänglich zu machen.

Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande haben durch die Bildung einer „Inklusiven Impfallianz“ bereits einen wichtigen Schritt zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten unternommen. Die EU-Impfstoffstrategie wird ein gemeinsames und zukunftsgerichtetes Konzept umsetzen. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung über die EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe](#)

[Factsheet: Coronavirus Impfstoff-Strategie](#)

5

Re-open EU: Kommission nimmt eine Website in Betrieb

Am 15. Juni nahm die Kommission die Webplattform [Re-open EU](#) in Betrieb, die eine sichere Wiederaufnahme des Reiseverkehrs und des Tourismus in ganz Europa unterstützen soll. Auf der Plattform werden Echtzeitinformationen über Grenzen, Verkehrsmittel und Tourismusdienstleistungen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Re-open EU bietet auch praktische Informationen der Mitgliedstaaten über Reisebeschränkungen



© Europäische Kommission

und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit (Abstandsregeln, Tragen von Gesichtsmasken usw.) sowie sonstige nützliche Hinweise auf Tourismusangebote in der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten. So können die Europäer/innen bei der Planung ihrer Urlaube und Reisen in diesem Sommer und darüber hinaus verantwortungsbewusste



und fundierte Entscheidungen darüber treffen, wie sie mit den anhaltenden Risiken im Zusammenhang mit Coronavirus umgehen.

Darüber hinaus enthält die Plattform Informationen über Patengutscheinsysteme. Damit können die Verbraucher/innen ihre Unterstützung für ihre Lieblingshotels oder -restaurants durch den Kauf von Gutscheinen für einen Aufenthalt oder ein Essen nach der Wiederöffnung bekunden und somit der europäischen Gastronomie und Hotellerie nach der Aufhebung der Beschränkungen und der Öffnung der Grenzen helfen. Patengutscheine helfen Unternehmen bei der Überbrückung finanzieller Engpässe, wobei die Leistungen später erbracht werden. Der vom Gast gezahlte Betrag geht direkt an den Dienstleister. Durch die Einrichtung dieser themenspezifischen Seite möchte die Kommission dazu beitragen, teilnehmende Unternehmen und interessierte Gäste – insbesondere im Fall von Reisen in Ausland – besser zu vernetzen.

Schließlich wird auf der europäischen digitalen Kulturplattform [Europeana](#) auf der Seite [Discovering Europe](#) eine Kollektion von Kunstwerken und Fotografien präsentiert, die einige der markantesten Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten Europas zeigen. Darüber hinaus wird auf [Europeana Pro](#) eine spezielle Tourismusschnittstelle eingerichtet, auf der sich Kulturerbe Fachleute über Initiativen zur Förderung des Tourismus in der gesamten EU informieren können. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

38 Mio. EUR für den Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Bedrohungen

Die Kommission hat am 15. Juni angekündigt, dass sie über das Forschungs- und Innovationsprogramm der EU-Horizont 2020; mehr als 38 Mio. EUR bereitstellt, um mehrere innovative Projekte im Bereich des Schutzes kritischer Infrastrukturen gegen Cyberbedrohungen und physische Bedrohungen zu unterstützen und Städte intelligenter und sicherer zu machen. Drei Projekte (SAFETY4RAILS, 7SHIELD und ENSURESEC) werden auf die Verbesserung der Prävention, Erkennung, Reaktion und Minderung von Cyberbedrohungen und physischen Bedrohungen für Metro- und Eisenbahnnetze, Bodenrauminfrastruktur und Satelliten sowie für den elektronischen Handel und Zustelldienste hinarbeiten.

Zwei weitere Projekte (IMPETUS und S4ALLCITIES) zielen darauf ab, die Widerstandsfähigkeit der Infrastrukturen und Dienstleistungen der Städte zu verbessern und die Bürger bei Sicherheitsvorfällen im öffentlichen Raum zu schützen. Die Projekte sollen zwischen Juni und Oktober 2020 beginnen und eine Laufzeit von zwei Jahren haben. Die Unterstützung ist Teil des Engagements der EU, eine starke Cybersicherheitskultur aufzubauen und die Fähigkeit zu



verbessern, potenziellen Cyberbedrohungen und -angriffen zu widerstehen und wirksam darauf zu reagieren.

• *fs Übersetzung Quelle: KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission EN](#)

[Fragen und Antworten EN](#)

[EU-finanzierte Cybersicherheitsprojekte EN](#)

[Neue Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Horizont 2020](#)

Erklärung der EU und des Vereinigten Königreichs nach dem Treffen am 15. Juni

Ministerpräsident Boris Johnson traf am 15. Juni im Rahmen einer Videokonferenz mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, zusammen, um eine Bilanz der Fortschritte zu ziehen und Maßnahmen zu vereinbaren, um die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen voranzubringen.



7

Die Parteien nahmen den Beschluss des Vereinigten Königreichs zur Kenntnis, keine Verlängerung des Übergangszeitraums zu beantragen. Der Übergangszeitraum endet daher gemäß den Bestimmungen des Austrittsabkommens am 31. Dezember 2020.

Die Vertragsparteien waren sich jedoch einig, dass neue Impulse erforderlich sind. Sie unterstützten die von den Verhandlungsführern vereinbarten Pläne, die Gespräche im Juli zu intensivieren und die günstigsten Bedingungen für den Abschluss und die Ratifizierung eines Abkommens vor Ende 2020 zu schaffen. • *fs Übersetzung Quelle: KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Obligatorisches Transparenzregister: Politisches Treffen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen

Am 16. Juni trafen sich die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, Vizepräsidentin Katarina Barley und Danuta Hübner, Mitglied des Ausschusses für



konstitutionelle Fragen und Ministerin für Transparenz, Nikolina Brnjac, für die kroatische Ratspräsidentschaft, zum Meinungsaustausch über das Transparenzregister. Dies ist ihr erstes solches Treffen, seit die Diskussion vor den Europawahlen im Mai 2019 ausgesetzt wurde. Die drei Organe bekräftigten ihr gemeinsames Bestreben, so bald wie möglich zu einer Einigung über dieses wichtige Dossier zu gelangen. Sie räumten ein, dass ein [tri-institutionelles Transparenzregister](#) eine gemeinsame Transparenzkultur fördern und die von den EU-Bürgern erwartete Transparenz unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Organe gewährleisten würde. • *fs Übersetzung Quelle: KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EuGH-Urteil: Wölfe sind auch in Siedlungsgebieten geschützt

In einem Urteil (C-88/19) vom 11. Juni hat sich der Gerichtshof zum räumlichen Anwendungsbereich des strengen Schutzsystems für bestimmte Tierarten geäußert, das Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 92/43 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen¹ (Habitatrichtlinie) vorsieht.



Dabei hat der Gerichtshof bestätigt, dass dieses strenge Schutzsystem für die in Anhang IV Buchst. a der Richtlinie genannten Arten, darunter den Wolf, auch für Exemplare gilt, die ihren natürlichen Lebensraum verlassen und in menschlichen Siedlungsgebieten auftauchen. Der Gerichtshof ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die Verpflichtung, die geschützten Tierarten streng zu schützen, für das gesamte „natürliche Verbreitungsgebiet“ dieser Arten gilt, unabhängig davon, ob sie sich in ihrem gewöhnlichen Lebensraum, in Schutzgebieten oder aber in der Nähe menschlicher Niederlassungen befinden.

Was die Handhabung von Fällen betrifft, die eintreten können, wenn ein Exemplar einer geschützten Tierart mit Menschen oder ihrem Eigentum in Kontakt tritt, insbesondere Konflikte, die sich aus der Beanspruchung der natürlichen Räume durch den Menschen ergeben, hat der Gerichtshof sodann darauf hingewiesen, dass es den Mitgliedstaaten obliegt, einen vollständigen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der gemäß Art. 16 Abs. 1 Buchst. b und c der Habitatrichtlinie Maßnahmen zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen oder in der Tierhaltung oder Maßnahmen im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, umfassen kann. • *fs Quelle: PM EuGH*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



EuGH-Urteil: Pharmazeutische Unternehmen dürfen keine Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abgeben

Das Pharmaunternehmen Novartis stellt das Arzneimittel Voltaren Schmerzgel mit dem Wirkstoff Diclofenac her. Vor den deutschen Gerichten beantragt Novartis, dem Generikahersteller ratiopharm die Abgabe von Gratismustern des Arzneimittels Diclo-ratiopharm-Schmerzgel, das ebenfalls den Wirkstoff Diclofenac enthält, an Apotheker zu untersagen. Nach Auffassung von Novartis verstößt eine solche Abgabe gegen das deutsche Arzneimittelgesetz. Dort seien unter den Personen, an die Gratismuster von Arzneimitteln abgegeben werden dürften, zwar Ärzte, nicht aber Apotheker genannt. Diese Abgabe sei daher eine unzulässige Gewährung von Werbegaben.

Mit seinem Urteil vom 11. Juni entscheidet der Gerichtshof, dass der Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel es pharmazeutischen Unternehmen nicht erlaubt, Gratismuster verschreibungspflichtiger Arzneimittel an Apotheker abzugeben.

Dagegen verbietet es der Kodex nicht, Gratismuster von Arzneimitteln, die nicht der Verschreibungspflicht unterliegen, an Apotheker abzugeben. • *fs Quelle: PM EuGH*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels

Die Europäische Kommission verabschiedete am 17. Juni ihren ersten Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels. Darin werden die Triebkräfte dieses langfristigen Wandels und seine Auswirkungen auf ganz Europa vorgestellt. Überdies werden die Zusammenhänge zwischen den demografischen Strukturen und den Auswirkungen und dem Potenzial zur Erholung von der Krise hervorgehoben.

Das für Demokratie und Demografie zuständige Kommissionsmitglied, Vizepräsidentin Dubravka Šuica, erklärte hierzu: „Die Krise hat viele Schwachstellen offenbart, von denen einige mit dem tief greifenden demografischen Wandel zusammenhängen, von dem unsere Gesellschaften und Gemeinschaften in ganz Europa bereits betroffen sind. Diese doppelte Herausforderung muss mit dazu beitragen, wie wir in den nächsten Jahrzehnten über Gesundheitsversorgung, Wohlstand, öffentliche Haushalte und öffentliches Leben denken. Sie muss uns dabei helfen, Fragen wie den Zugang zu Dienstleistungen, wohnortnahe Betreuung und sogar Einsamkeit anzugehen. Die Bewältigung des demografischen Wandels ist für den Aufbau einer gerechteren und widerstandsfähigeren Gesellschaft von entscheidender Bedeutung.“

Der Bericht gibt Aufschluss über langfristige demografische Trends in den Regionen Europas – von einer höheren Lebenserwartung bis hin zu niedrigeren Geburtenraten, überalternden Gesellschaften, kleineren Haushalten und zunehmender Verstädterung. Er geht zudem auf den rückläufigen Anteil Europas an der Weltbevölkerung ein, der bis 2070 voraussichtlich weniger als 4 % ausmachen wird. Der Bericht veranschaulicht die erheblichen Unterschiede im demografischen Wandel zwischen den Regionen sowie die Notwendigkeit, seine Auswirkungen auf Wachstum und Nachhaltigkeit, Beschäftigung, Gesundheit und Langzeitpflege in verschiedenen Teilen Europas anzugehen.

Der Bericht, mit dem die Arbeiten der Kommission in diesem Bereich eingeleitet werden, wird dazu beitragen zu ermitteln, wie die am stärksten betroffenen Menschen, Regionen und Gemeinschaften am besten unterstützt werden können. Er wird insbesondere die Grundlage für das bevorstehende Grünbuch über das Altern und die langfristige Vision für den ländlichen Raum bilden. • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels](#)

[Factsheet, einschließlich Factsheets zu nationalen Entwicklungen](#)

[Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zum Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels](#)



Vorstellung des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - voraussichtliche Verabschiedung im Kabinett am 24. Juni 2020

Am 16. Juni wurde das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft vorgestellt, welches das Kabinett in der kommenden Woche noch absegnen muss. Die gesundheitlichen und politischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zwangen die Regierung zu einer kompletten Überarbeitung des ursprünglich vorgesehenen Plans, der nun in ein gekürztes 24-seitiges Pflichtprogramm mündet. Die ursprünglich avisierte Vielzahl von Einzelprojekten aus den deutsche Ministerien wird zum großen Teil dem übergeordneten Ziel der Überwindung der Krise weichen, vor allem der Koordinierung von Eindämmungsmaßnahmen, dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und der Stärkung des Innovationspotenzials der Mitgliedstaaten und des sozialen Zusammenhalts in Europa.

Deutschland strebt an, die Verhandlungen über die zukünftigen EU-Finzen bis zum Jahresende abzuschließen. Schon am jetzt kommenden Freitag wird es während des EU-Gipfels um den deutsch-französischen Vorschlag für Zuschüsse in Höhe von 500 Milliarden Euro an besonders von der Corona-Krise betroffene Staaten gehen. Neben den Finanzverhandlungen ist zudem geplant, konkret an einem zukünftigen Schutz gegenüber noch zu erwartenden Pandemien und Not- und Katastrophenfällen in der EU zu arbeiten. Ein wichtiger Diskussionspunkt wird außerdem anhand der jüngsten Erfahrungen sein, dass die Mitgliedstaaten den Schengenraum durch unkoordinierte, spontane nationale Grenzsicherungen gefährdeten. Die anstehende Präsidentschaft fordert daher eine stärkere EU-Koordinierung in der Gesundheitspolitik und einen verpflichtenden Absprachemechanismus in der EU über ein gemeinsames Grenzmanagement. Auch die Klärung der künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen wird in den deutschen Vorsitz fallen, da die britische Regierung jede Verzögerung des Austritts aus dem EU-Binnenmarkt über das Ende des Jahres 2020 hinaus ablehnt.

Schließlich wird außenpolitisch eine Neuorientierung thematisiert, wobei der Multilateralismus das gesamte deutsche EU-Präsidentschaftsprogramm – von der Handelspolitik bis zur Gesundheitsvorsorge - durchzieht. Den vormals recht wohlwollenden Äußerungen gegenüber China wurden nunmehr sachlich Interessen zur Zusammenarbeit, aber auch die Wahrung der EU-eigenen "Werte und Interessen" und einer eigenen technischen Souveränität entgegengesetzt. Der im Programm erwähnte Begriff "Team Europa" scheint auf eine Besinnung Europas auf die eigenen Stärken und Fähigkeiten hinzudeuten.

Zeitgleich wurde im Rat für Europäische Angelegenheiten das Programm der Trio-Präsidentschaft vorgestellt, das mit der deutschen Ratspräsidentschaft beginnt und dessen Hauptziel eine robuste Erholung der europäischen Wirtschaft sei, welche die erheblichen



sozialen Auswirkungen und menschlichen Dimensionen berücksichtige. . • *ml Quelle: PM EURACTIV*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung EURACTIV](#)

[Pressemitteilung EURACTIV](#)

[Webseite der Deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union](#)

Mitgliedstaaten einigen sich auf eine Interoperabilitätslösung für mobile Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps

Die Mitgliedstaaten haben sich mit Unterstützung der Kommission auf eine [Reihe technischer Spezifikationen](#) geeinigt, um einen sicheren Informationsaustausch zwischen nationalen Kontaktnachverfolgungs-Apps zu ermöglichen, die sich auf eine dezentrale Architektur stützen. Damit wird die große Mehrheit der Apps erfasst, die in der EU bereits eingeführt wurden oder demnächst eingeführt werden sollen.

Sobald die technische Lösung bereitsteht, werden diese nationalen Apps nahtlos funktionieren, wenn Nutzer in ein anderes EU-Land reisen, das ebenfalls den dezentralen Ansatz verfolgt. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Interoperabilität der Mobil-Apps für die Nachverfolgung von Coronavirus-Infektionen, der mit der Aufhebung der Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen einhergeht, die die Mitgliedstaaten rechtzeitig zu den Sommerferien eingeleitet haben.

Die meisten Mitgliedstaaten haben beschlossen, Mobil-Apps einzuführen, um damit die manuelle Ermittlung von Kontaktpersonen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Ausbreitung zu ergänzen. Die große Mehrheit der auf nationaler Ebene zugelassenen Apps basiert auf einer dezentralen Architektur. Das bedeutet, dass die zufällig erzeugten Kennungen von Nutzern, die sich eine bestimmte Zeit lang in der Nähe aufgehalten haben, nur in dem betreffenden Handy gespeichert und auch nur von diesem Handy mit den Kennungen jener Nutzer abgeglichen werden, bei denen eine Infizierung bestätigt wurde. Die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bilden die Voraussetzung dafür, dass dieser Abgleich auch für Nutzer durchgeführt werden kann, die aus anderen Mitgliedstaaten einreisen, ohne dass mehrere nationale Apps heruntergeladen werden müssen.

Der Austausch der Näherungsdaten zwischen den Apps erfolgt verschlüsselt, sodass eine Identifizierung von Einzelpersonen nicht möglich ist. Dies steht im Einklang mit den strengen [EU-Datenschutzleitlinien für Apps](#). Geolokalisierungsdaten werden gar nicht verwendet.

Die Kommission wird zur weiteren Optimierung des Systems einen Datenabgleichsdienst als Schnittstelle für die effiziente Entgegennahme und Weiterleitung wichtiger Informationen von nationalen Kontaktnachverfolgungs-Apps und Servern einrichten. Dies wird die Menge der ausgetauschten Daten und damit den Datenverbrauch der Nutzer verringern.



Die vereinbarten technischen Spezifikationen beruhen auf den im Mai vereinbarten [Interoperabilitätsleitlinien](#), in denen die allgemeinen Grundsätze festgelegt wurden.

Die Mitgliedstaaten werden die Apps für den Informationsaustausch zwischen nationalen dezentralen Apps aktualisieren können, sobald sie technisch einsatzbereit sind. Die Kommission unterstützt weiterhin die Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Interoperabilität auch auf Nachverfolgungs-Apps auszuweiten, die sich auf eine zentrale Architektur stützen.

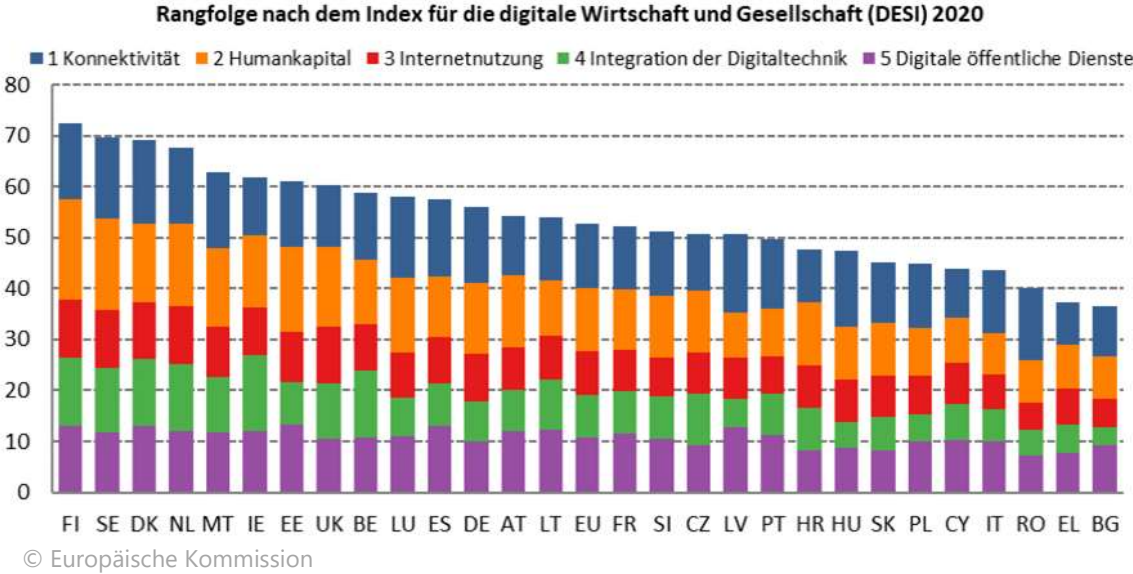
• fs Quelle: PM KOM

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2020 vorgelegt

Die EU-Kommission hat am 11. Juni auf Grundlage von Eurostat-Daten die Ergebnisse des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) für das Jahr 2020 bekannt gegeben. Anhand dieses Index werden die Gesamtleistung Europas im digitalen Bereich und die Fortschritte der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten beurteilt. Die Kommission geht aus aktuellem Anlass auch auf die Rolle der Digitaltechnik bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung ein.

Die themenbezogenen Kapitel des DESI-Berichts 2020 enthalten eine europabezogene Analyse der Bereiche 1. Breitbandkonnektivität, 2. digitale Kompetenzen, 3. Internetnutzung, 4. Integration der Digitaltechnik (Digitalisierung von Unternehmen und elektronischer Handel) sowie 5. digitale öffentliche Dienste.



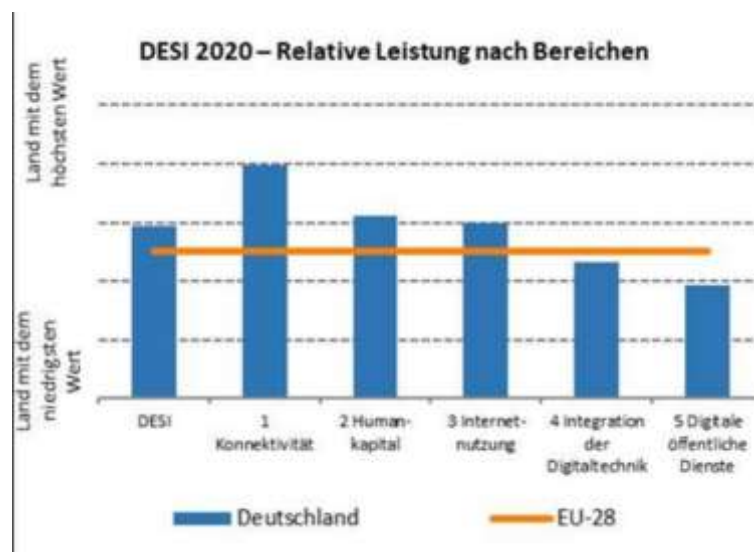
Laut DESI 2020 wurden in allen Mitgliedstaaten und in allen im Index gemessenen Schlüsselbereichen Fortschritte erzielt. Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen bei der Gesamtleistung im digitalen Bereich in der EU an der Spitze, dicht gefolgt von



Malta, Irland und Estland. Die größten EU-Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich gehören nicht zur Spitzengruppe, sondern sind im DESI-Mittelfeld zu finden. Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Italien weisen die niedrigsten Werte im Index auf.

Deutschland steht im DESI 2020 unter den 27 EU-Mitgliedstaaten (+ Vereinigtes Königreich) weiterhin im Mittelfeld, dieses Jahr an 12. Stelle und schneidet, wie in den Vorjahren in den meisten DESI-Dimensionen gut ab, mit Ausnahme der digitalen öffentlichen Dienste, wo es nur den 21. Rang einnimmt.

• *dw Quelle: KOM*



© Europäische Kommission

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum DESI](#)

[Länderbericht Deutschland](#)

[Gesamt-DESI EN](#)

EU-Digitalpolitik nach 2020: Rat nimmt Schlussfolgerungen an

Die Telekommunikationsminister haben in einer Videokonferenz über die politischen Digital-Prioritäten der EU nach der Corona-Krise diskutiert und in dem Zusammenhang [Schlussfolgerungen](#) zur Gestaltung der digitalen Zukunft, in denen auf eine große Bandbreite von Aspekten der Umsetzung der EU-Digitalstrategie eingegangen wird, angenommen. Die von den Schlussfolgerungen abgedeckten Bereiche reichen von Netzanbindung, digitalen Wertschöpfungsketten und elektronischen Gesundheitsdiensten (eHealth) bis hin zu Datenwirtschaft, künstlicher Intelligenz und digitalen Plattformen. Die Minister fordern unter anderem mehr digitale Champions aus Europa, die dem Silicon Valley die Stirn bieten. Ferner werden die Auswirkungen des digitalen Wandels bei der Bekämpfung der Pandemie und seine entscheidende Rolle bei der Erholung nach der COVID 19-Krise hervorgehoben.

Es wird auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Innovation zu unterstützen und die europäischen digitalen Schlüsseltechnologien zu fördern, bei der künstlichen Intelligenz ethische Grundsätze und Werte zu achten, die Cybersicherheitskapazitäten Europas zu stärken, IKT-Kompetenzen zu verbessern und die Gigabit-Gesellschaft einschließlich 5G zu



entwickeln. Auch wird die Notwendigkeit betont, die Zahl der Frauen in diesem Sektor zu erhöhen und allen schutzbedürftigen Gruppen die Möglichkeit zu geben, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, sodass niemand zurückgelassen wird. • *dw Quelle: Rat*

Bürgerdialog mit Arbeitsminister Hubertus Heil: Sozialkommissar Schmit will Rechte von Saisonarbeitern in deutschen Fleischfabriken stärken

EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit will die Missachtung von Arbeitnehmerrechten in deutschen Fleischfabriken stoppen. „Es kann nicht sein, dass es in Europa eine ganze Kategorie von Arbeitern gibt, die jenseits von allen Rechten sind“, sagte Schmit der Deutschen Presse-Agentur vor einem Online-Bürgerdialog am 15. Juni mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Schmit begrüßte, dass die Bundesregierung das Thema bereits aufgegriffen hat.

Hintergrund sind Berichte über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Unterbringung von osteuropäischen Arbeitern in deutschen Schlachthöfen. Die Arbeitsbedingungen wurden in der Corona-Pandemie deutlich, als in Schlachtbetrieben zahlreiche Infektionen auftraten. Das Problem gebe es nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch bei Saisonarbeitern in Südeuropa, sagte Schmit. Jetzt werde geklärt, ob die Kommission mit einer neuen Richtlinie eingreifen müsse oder ob die Kontrolle der Anwendung von Sozialrecht und Arbeitsrecht ausreiche. „Wir werden das sehr eng verfolgen und auch sehen, dass es hier keinen arbeitsrechtlichen Leerraum geben darf. Das sage ich für Deutschland, das sage ich aber auch für alle anderen Mitgliedstaaten, die viele Saisonarbeiter haben“, so Schmit.

Viele Saisonarbeiter, Werkarbeiter oder Scheinselbständige sind nicht ausreichend von bestehendem EU-Recht geschützt. Schmit begrüßte, dass sich die Bundesregierung mit dem Thema beschäftigt. Sozialminister Hubertus Heil habe zugesagt, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember das Thema auf die Agenda zu setzen. Auch das Europaparlament habe sich eingeschaltet und werde diese Woche über das Problem debattieren. • *fs Quelle: KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Die europäische Säule sozialer Rechte](#)

[Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU](#)

[Leitlinien für die Wahrung der Freizügigkeit systemrelevanter Arbeitskräfte](#)

[Vorschlag zur Überarbeitung der Vorschriften zur sozialen Sicherheit](#)



Europäischer Verteidigungsfonds: 205 Mio. EUR zur Stärkung der strategischen Autonomie und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die Kommission hat am 15. Juni 16 europaweite Projekte in der Verteidigungsindustrie und drei Projekte zu disruptiven Technologien angekündigt, die mit 205 Mio. EUR aus den beiden Vorläuferprogrammen eines vollwertigen Europäischen Verteidigungsfonds finanziert werden – der Vorbereitenden Maßnahme im Bereich Verteidigungsforschung (Preparatory Action on Defence Research, PADR) und dem Europäischen Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (European Defence Industrial Development Programme, EDIDP).

Die angekündigten Projekte werden die Entwicklung europäischer Verteidigungsfähigkeiten voranbringen. Hierzu gehören beispielsweise: Drohnen und verwandte Technologien (schwer entdeckbare Drohnen und taktische Drohnen, „Detect-and-Avoid“-Systeme für militärische Drohnen, Edge-Computing-Plattformen für Drohnen), Weltraumtechnologien (militärisch einsetzbare verschlüsselte Galileo-Empfänger, militärisch einsetzbare optische Nutzlast für kleine Satelliten, Big-Data-Systeme für die Satellitenüberwachung), unbemannte Bodenfahrzeuge, Hochpräzisions-Flugkörpersysteme (BLOS – Panzerabwehrraketen), künftige Marineplattformen, luftgestützte elektronische Angriffsfähigkeiten, taktische und Hochsicherheitsnetze, Plattformen für die Cyberraumlageerfassung, oder aktive Tarntechnologien der nächsten Generation.

Diese Projekte kommen zu den 15 anderen Forschungsprojekten hinzu, die seit 2017 bereits über die PADR und die anstehende direkte Unterstützung von zwei Großprojekten (MALE-Drohne und ESSOR) finanziert wurden. • *fs Quelle: KOM*

16

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zu den Vorläuferprogrammen des Europäischen Verteidigungsfonds](#)

Ratsschlussfolgerungen im Bereich Kultur, Medien und Sport

Im Nachgang zu der informellen Videokonferenz der EU-Kultur- und -Medienminister am 19. Mai wurden im Schriftverfahren nachstehende drei Ratsschlussfolgerungen der kroatischen Ratspräsidentschaft aus dem Bereich Kultur und Audiovisuelles verabschiedet, die jetzt im EU-Amtsblatt veröffentlicht und unter folgenden Links abrufbar sind:

- Schlussfolgerungen des Rates zum [Risikomanagement im Bereich des Kulturerbes](#)
- Schlussfolgerungen des Rates zur [Änderung des Arbeitsplans für Kultur \(2019-2022\)](#)
- Schlussfolgerungen des Rates zur [Medienkompetenz in einer sich ständig wandelnden Welt](#)

Außerdem wurde noch folgende Ratsschlussfolgerung im Bereich Sport verabschiedet:

- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur [Stärkung von Trainerinnen und Trainern durch Verbesserung der Möglichkeiten zum Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen](#) • *ah Quelle Rat*



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

SILBERSALZ 2020 – Ausblick auf Deutschlands erstes internationales Wissenschafts- und Medienfestival in Halle

Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde das Wissenschafts- und Medienfestival SILBERSALZ vom Juni 2020 in den Herbst verschoben. Jedoch gibt ein komprimiertes Ausstellungs- und Vortragsprogramm vom 18. bis 21. Juni 2020 einen Ausblick auf die kommende dritte Ausgabe in Halle.

Unter dem diesjährigen Festivalmotto „Heimat Erde“ gewährt die Installation „Gaia“ in der Konzerthalle der Ulrichskirche einen eindrucksvollen Blick auf den blauen Planeten „Erde“. Die Besichtigung kann nur nach vorheriger Anmeldung erfolgen. Des Weiteren sprechen am 19. Juni 2020 Experten aus Wissenschaft, Forschung und Ökonomie über Themen rund um Biodiversität, Klimawandel und den Umgang mit Pandemien. Die Gespräche können per Livestream über die Social Media Kanäle von SILBERSALZ verfolgt werden.

Staats- und Kulturminister Rainer Robra betont: „Zurzeit erlebt Wissenschaftskommunikation einen Aufschwung. Dieses bestehende Interesse wollen wir für SILBERSALZ nutzen und schon jetzt auf die dritte Ausgabe in Halle aufmerksam machen. Wir hoffen, dass wir dann das Publikum wieder bei den bewährten Film- und Vortragsformaten begrüßen können.“ Weiter erklärt Robra: „Ich freue mich, dass namenhafte Experten, wie Prof. Dr. Antje Boetius, Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, oder Prof. Dr. Gerald H. Haug, Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften, für die Gesprächsrunde am 19. Juni 2020 zur Verfügung stehen. Auch die Erdinstallation wird für Aufmerksamkeit sorgen. Der britische Künstler Luke Jerram hatte uns bereits im letzten Jahr mit seinem ‚Museum of the Moon‘ beeindruckt.“

17

Hintergrund:

Vom 14. bis 18. Oktober 2020 ist Halle zum dritten Mal Gastgeber von Deutschlands erstem internationalen Wissenschafts- und Medienfestival SILBERSALZ. Ziel ist es, auf ebenso unterhaltsame wie informative Weise einer breiten Öffentlichkeit Zugang zu wissenschaftlichen Themen zu ermöglichen. Initiatoren sind Documentary Campus und die Robert Bosch Stiftung. Finanziert wird das Festival u. a. vom Land Sachsen-Anhalt. •

Gatsartikel

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Besuchereinrichtungen des Europäischen Parlaments am 15. Juni wiedereröffnet



Am Montag, den 15. Juni wurden mehrere der Besuchereinrichtungen des Europäischen Parlaments wieder für die Öffentlichkeit geöffnet, mit entsprechenden Maßnahmen für einen sicheren Besuch.

In Brüssel ist nun der Besuch des Parlamentariums und des Hauses der Europäischen Geschichte möglich, wobei Distanzierungs- und Hygienemaßnahmen eingehalten werden müssen. Am Place Luxembourg wird die Station Europa wieder Besucher empfangen. Außerdem wurde eine neue Vitrine mit Objekten aus Belgien und ganz Europa unter dem Titel "Documenting Covid" präsentiert, die eine Momentaufnahme des Lebens der Bürger während der jüngsten COVID-19- Ausgangsbeschränkungen zeigt. Die kuratierte Auswahl zeigt die tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Pandemie und geht auf gemeinsame Themen wie Solidarität, Hoffnung und Widerstandsfähigkeit in der Not ein.

Der Besuch aller Einrichtungen ist kostenlos und in 24 Sprachen möglich. Ebenso sind Besuche von Einzelbesuchern oder kleinen Gruppen aus demselben Haushalt gestattet. Eine Voranmeldung ist obligatorisch.

Weitere Informationen zu Distanzierungs- und Hygienemaßnahmen finden Sie [hier](#). Virtuelle Rundgänge und andere [Online-Aktivitäten](#) sind ebenfalls verfügbar. • fs Quelle: EP

Konsultation: Kommission nimmt Weißbuch zu Subventionen aus Drittstaaten im Binnenmarkt an

Die Europäische Kommission hat am 17. Juni ein [Weißbuch](#) angenommen, in dem dargelegt wird, wie den verzerrenden Wirkungen drittstaatlicher Subventionen im Binnenmarkt begegnet werden kann. Nun holt sie bei allen Interessenträgern Stellungnahmen zu den im Weißbuch aufgezeigten Optionen ein. Die bis zum 23. September 2020 laufende [öffentliche Konsultation](#) ist Teil der Vorbereitung eines Legislativvorschlags der Kommission in diesem Bereich.



Die Wettbewerbsregeln, handelspolitischen Schutzinstrumente und Vergabeverfahren der EU spielen für die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt eine wichtige Rolle. Im Weißbuch werden Lösungen vorgeschlagen und neue Instrumente angeregt, um Regelungslücke zu schließen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Konsultation: Europäische Kommission startet Überprüfung der EU-Handelspolitik

Die Europäische Kommission hat am 16. Juni eine umfassende Überprüfung der Handelspolitik der Europäischen Union eingeleitet, einschließlich einer öffentlichen Konsultation, bei der das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten, die Interessenträger und die Zivilgesellschaft Beiträge einholen wollten. Ziel der Kommission ist es, einen Konsens über eine neue mittelfristige Ausrichtung der EU-Handelspolitik herbeizuführen, um auf eine Vielzahl neuer globaler Herausforderungen zu reagieren und die Lehren aus der Coronavirus-Krise zu berücksichtigen. Eine starke Europäische Union braucht eine starke Handels- und Investitionspolitik, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, europäische Unternehmen vor unlauteren Praktiken im In- und Ausland zu schützen und die Kohärenz mit umfassenderen Prioritäten in den Bereichen Nachhaltigkeit, Klimawandel, digitale Wirtschaft und Sicherheit zu gewährleisten. • *fs*
Übersetzung Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission EN](#)

[Konsultation](#)

Konsultation: Öffentliche Angebote bei Übernahmen, Fusionen und Spaltungen – Leitlinien für die Befreiung von der Prospektpflicht

Die EU-Vorschriften sollen grenzüberschreitende Investitionen erleichtern und das Wachstum von EU-Unternehmen unterstützen. Zu diesem Zweck können bestimmte Unternehmen bei einem öffentlichen Angebot von Wertpapieren im Rahmen einer Übernahme, Fusion oder Spaltung von der Pflicht zur Veröffentlichung eines vollständigen Prospekts befreit werden. Mit dieser Initiative werden Regeln für dieses vereinfachte Verfahren, d. h. für die Mindestangaben, die Unternehmen bei der Beantragung solcher Ausnahmen machen müssen, festgelegt. Diese Angaben beschreiben die Transaktion und ihre Auswirkungen auf den Emittenten. • *fs* *Quelle: KOM*

Frist für Rückmeldungen: 16. Juni 2020 – 14. Juli 2020

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Konsultation: Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft

Die EU-Vorschriften (Richtlinie 86/278) sollen sicherstellen, dass die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft der Umwelt, den Tieren und dem Menschen nicht schadet. Die vor 30 Jahren angenommene Richtlinie wird den aktuellen Bedürfnissen und Erwartungen nicht mehr gerecht, beispielsweise in Bezug auf die ordnungsgemäße Regelung von in Schlamm enthaltenen Schadstoffen („neue Kontaminanten“ wie Arzneimittel und Mikroplastik). Im Rahmen dieser Initiative wird bewertet, wie wirksam die Richtlinie war, und untersucht, welche Risiken und Chancen im Zusammenhang mit der Klärschlammbewirtschaftung in der Landwirtschaft bestehen. • *fs Quelle: KOM*
Frist für Rückmeldungen: 16. Juni 2020 – 25. August 2020

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Bürgerinitiative: Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt

Um die Bienen und die Gesundheit der Menschen zu schützen, fordert die Initiative die Kommission auf, den Einsatz synthetischer Pestizide bis 2035 schrittweise zu beenden und die Landwirte bei der Umstellung zu unterstützen.



Den Einsatz synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft der EU, beginnend mit den gefährlichsten Stoffen, bis 2030 um 80 % zu verringern, damit sie bis 2035 frei von synthetischen Pestiziden wird; die Ökosysteme auf landwirtschaftlichen Flächen wiederherzustellen, damit die Landwirtschaft zur Triebkraft für die Erholung der Biodiversität wird; die Landwirtschaft zu reformieren, indem die vielfältigen und nachhaltigen Kleinbetriebe Priorität erhalten, die rasche Zunahme der ökologischen und biologischen landwirtschaftlichen Verfahren gefördert wird und eine unabhängige, von Landwirten ausgehende Schulung und Forschung zur pestizid- und GVO-freien Landwirtschaft gefördert wird. Die Frist endet am 30. September 2020. • *fs Quelle: KOM*

Mehr Informationen:

[Mitteilung der Kommission](#)

[Webseite der Initiative](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
<p>Forschungsgesuch</p> <p>Spanien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Agrofood-Unternehmen aus dem Bereich Superfoods oder neuartige Lebensmittel gesucht</p> <p>Ein auf agrotechnische Lösungen spezialisierter spanischer Unternehmensverband entwickelt einen Vorschlag zur Forschungszusammenarbeit, der sich mit innovativen Strategien für nachhaltige landwirtschaftliche Produktion befasst. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen jungen Unternehmern in den Grenzregionen der Afrikanischen Großen Seen als Mittel zur Konfliktprävention und zur Schaffung von Möglichkeiten für integratives Wachstum zu stärken.</p> <p>Im Rahmen dieses Projekts werden europäische Partner gesucht, die auf Superfoods oder neuartige Lebensmittel spezialisiert sind. Sie sollen zur Nutzung der genetischen Ressourcen lokaler Pflanzenarten beitragen, um Lösungen für neue Lebensmittel, Superfoods, die pharmazeutische Industrie, die Gentechnik usw. zu entwickeln.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p>



		Referenznummer: RDES20200608001
Forschungsgesuch Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Verkehrsunternehmen als Partner für ein H2020-finanziertes Projekt gesucht Eine französische Regionalbehörde, die ein bewilligtes H2020-Projekt zum Thema Sicherheit leitet, sucht Verkehrsunternehmen oder -behörden oder Verkehrssicherheitsunternehmen oder -behörden mit der Fähigkeit, als öffentlicher Käufer aufzutreten. Dieses öffentliche Beschaffungsprojekt (Public Procurement Project - PCP) wird es europäischen öffentlichen Einkäufern ermöglichen, innovative Technologien oder fortschrittliche Systeme zur Unterstützung der Sicherheit im öffentlichen Verkehr zu erwerben. Die gesuchten Partner werden eine Forschungsvereinbarung unterzeichnen, um dem Konsortium als vollwertiger Partner beizutreten. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDFR20200602001
Technologiegesuch Litauen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Litauisches KMU aus dem Bausektor sucht eine Polyurethan-Misch- und Sprühmaschine Ein litauisches KMU, das im Bausektor tätig ist, entwickelt eine Technologie zur Herstellung modularer Bausteine. Die Technologie kombiniert Geo-Polymer, Kunststoff und Polyurethan in ein und demselben technologischen Prozess. Das KMU möchte eine Polyurethan-Misch- oder Sprühmaschine kaufen, die in einem 3D-Drucker verwendet werden soll, um Polyurethan Schicht für Schicht zu sprühen. Es wird ein Partnerunternehmen gesucht, das auf die Herstellung von Polyurethan-Misch- und Sprühmaschinen spezialisiert ist und über



		<p>Fachwissen in diesem Bereich verfügt. Es soll eine Vereinbarung über technische Zusammenarbeit geschlossen werden.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: TRLT20200610001</p>
<p>Technologiesuch</p> <p>Niederlande</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Instrument zur genauen Bestimmung von Wissenslücken gesucht</p> <p>Ein niederländische Aus- und Weiterbildungsunternehmen sucht nach einem IT-basierten Instrument und einer IT-basierten Technologie zur Messung des aktuellen Wissens von Mitarbeitern, ihrer Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale und des Qualifikationsdefizits. unter Berücksichtigung der spezifischen zukünftigen Umstände der Organisation, in der diese Mitarbeiter arbeiten. Es werden spezifische Einblicke und Fachkenntnisse benötigt, um die spezifischen zukünftigen Umstände der Organisation, in der diese Mitarbeiter arbeiten, zu verstehen und aufzuzeigen.</p> <p>Das Unternehmen sucht nach Partnern für die Zusammenarbeit und die Entwicklung eines solchen Instruments. Es können außerdem auch andere Lösungen als ein IT-basiertes Instrument in Betracht gezogen werden. Es wird ein Lizenz- oder Technologieabkommen angestrebt. Dieser Antrag bezieht sich auf eine Innovationsherausforderung, die auf einer offenen Plattform veröffentlicht wird.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: TRNL20200609001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Lösung:

1. Mythos: Selbstverständlich ist der Gebrauch von gehäkelten Topflappen weiterhin gestattet. Grund für diese Schlagzeile war 2016 die EU-Verordnung über persönliche Schutzausrüstungen, die auch Sicherheitsstandards für Ofenhandschuhe im privaten Gebrauch umfasst. Bis dahin waren Backhandschuhe für private Zwecke davon ausgenommen, obwohl sich in der Praxis die meisten Hersteller schon zuvor an gewisse Sicherheitsnormen hielten.

2. Mythos: Vermutlich einer der bekanntesten EU-Mythen – die Vorschrift der maximalen Krümmung von Salatgurken seitens der EU. 1988 übernahm die EU bereits existierende Empfehlungen des UN-Wirtschaftsausschusses für Europa in eine eigene Verordnung. Vorgeschlagen hatte die Regulierung der Handel selbst: gerade Gurken würden besser in Kartons gestapelt werden können und somit der Transport erleichtert und der Verkaufspreis günstiger werden. Trotz der Proteste der HändlerInnen wurde die Gurkenverordnung 2009 wieder abgeschafft, nicht zuletzt aufgrund der Kritik und der Negativ-Schlagzeilen.

3. Fakt: Entgegen der weitverbreiteten Überzeugung kam der Vorschlag zur Abschaffung der Glühbirnen zum Schutz des Klimas aus Deutschland und fand breite Zustimmung in der EU. Grund für den Vorschlag war die enorme Ineffizienz dieser Leuchtmittel – nur 5% der zugeführten Energie wurde in Licht umgewandelt, der Rest wurde als Wärme abgegeben. Abgelöst wurde die Glühlampe von der viel effizienteren Energiesparlampe und den LEDs.

4. Mythos: Richtig ist, dass die EU 2017 eine Liste mit Tier- und Pflanzenarten veröffentlichte, die sich nicht außerhalb ihres Ursprungsgebietes ausbreiten dürfen, weil sie eine Gefahr für Flora und Fauna in der EU darstellen. Zoos sollten aber keineswegs Tiere wie chinesische Kleinhirsche schlachten und verfüttern, sondern lediglich dafür sorgen, dass sich diese Tierart nicht vermehrt und nicht aus dem Zoo entkommen kann.

Weitere interessante Fakten und Mythen rund um die Europäische Union finden Sie [hier](#). Bei Fragen können Sie sich unter info@europedirect-halle.de an uns wenden, wir helfen Ihnen gern weiter.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	E-Mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.
Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlich-
keitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt
herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch
von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch
ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden
Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen
verstanden werden könnte.

